

Bestimmungen veraltet und ungenügend seien. So reifen jetzt die Zentrumsarbeiten.

Dem bisherigen preussigen Gesandten beim päpstlichen Stuhle Freiherr v. Rosenhan ist unter Verleihung des Großkreuzes des Roten Adlerordens der erbettene Abschied bewilligt worden. Zu seinem Nachfolger ist der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Wirklicher Geheimrat Dr. J. v. Mühlberg ernannt worden, dem die Brillanten zum Roten Adlerorden I. Klasse verliehen wurden. Der neue Gesandte Dr. Otto v. Mühlberg ist am 2. September 1847 in Berlin geboren, studierte die Rechte und trat 1872 zunächst als Hilfsarbeiter in das Auswärtige Amt ein. Er war dann bis 1880 auf verschiedenen Posten im Auslande tätig. Im Jahre 1884 wurde er Vortragender Rat im Auswärtigen Amte, 1895 wurde er zum Wirklichen Geheimen Legationsrat ernannt. Seit 1898 leitete er in der politischen Abteilung die Orientangelegenheiten, 1902 wurde er Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte und erhielt nach dem Abschlusse der jetzigen Handelsverträge, bei denen er, wie bereits im Jahre 1892, unter dem Grafen Caprivi, hervorragend beteiligt war, den Charakter eines Wirklichen Geheimen Rates mit dem Prädikat Excellenz.

Unter dem Vorsitz des Reichsgrafen Wilhelm Hoensbroech fand auf Schloß Haag am 13. d. Mts. eine Versammlung statt, deren Zweck von den Beteiligten geheimgehalten wurde. Die königliche Volkszeitung erklärt, daß es sich um die Gründung eines Vereins gehandelt habe, dessen Ziele gegen das Zentrum gerichtet seien. Demnach solle ein entsprechender Verbauftrag erlassen werden. Graf Wilhelm Hoensbroech ist der älteste Bruder des ehemaligen Jesuiten Grafen Paul Hoensbroech.

Also kein Diebstahl. Die liberale „Dortmunder Btg.“ und ihr nach die „Post“ stellen nun fest, daß ein Diebstahl im Flottenverein nicht stattgefunden habe, daß nichts entwendet worden sei, sondern daß von Anfang an von den mit der Schreibmaschinenkiste hergestellten Originalbriefen des Generalmajors Reim und anderer Beamten des Vereins dritte und vierte, nicht für Bureau- und Kopierzwecke bestimmte Durchschläge genommen worden sind. Diese Durchschläge seien dann in die Zentrumspresse gelangt. Wir gehen nicht fehl in der Annahme, daß der Flottenverein an diesen Publikationen nicht ganz unbeteiligt ist. Sollte unsere Voraussetzung zutreffen, so müssen wir erst recht fragen, wie es denn möglich war, so lange Zeit von einem Diebstahl zu reden. Die weitere Behauptung, daß diese Durchschläge an die Zentrumspresse verkauft worden seien, können wir nicht kontrollieren. An einer Stelle, die gut unterrichtet ist, weiß man aber nichts von einem Kauf von Durchschlägen. Die liberale Presse befindet sich eben in einer heillosen Verlegenheit, weil sie so lange von einem Diebstahl geredet hat und nun selbst zugeben muß, daß ein solcher nicht vorliegt.

Kommentar zur Englandreise. So lange unser Kaiserpaar als Gast in England eine herzliche Aufnahme findet, gibt es im deutschen Reich Leute, die England förmlich reizen und provozieren. Man kann von solchen Leuten nicht weit genug wegrücken, weil sie für das Reich ungenießbar sind. Ein solches Blatt ist die liberale „Rhein-Westf. Btg.“. Sie beschwört Deutschland, doch ja das Flottenrühren im beschleunigten Tempo fortzusetzen. Sie führt die Darlegungen ins Feld, die der bekannte literarische „Flottentreiber“ Graf Ernst Reventlow in einer kürzlich veröffentlichten Broschüre niedergelegt hat. Reventlow wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Auffassung, daß sich Deutschland nicht eine England ebenbürtige Flotte schaffen könne. Deutschland könne vielmehr seine Flotten ganz außerordentlich beschleunigen. Mangel an technischem Personal werde nie eintreten; „unser Personalquellen sind unerlöschlich“. Auch die deutschen Schiffswerken seien nach ihrer eigenen Auskunft instande, auch den unerlöschlichen Bauplänen zu genügen. Gätten sie doch selbst als mögliche Jahresleistung angeben, daß sie jährlich mindestens 17 große Schiffe bauen könnten. Nach diesen Richtungen hin seien also den Flottenrüstungen keine Schranken gesetzt! Es sei aber nicht unmöglich, England trotz gewaltigster Gegenrüstungen den Rang abzulaufen: Je mehr Deutschland „durch wirkliche erstklassige Schiffschiffe mit mächtigster Armierung“ den Flottenbau „in die Höhe treibe“, desto mehr leide darunter die Qualität der englischen Schiffarmierung. Die englischen 30,5-Zentimetergeschütze seien den Kruppischen Kleingeschützen nicht gewachsen. Folglich möge man endlich aufhören gehen und den Konkurrenzlauf mit der englischen Flotte energisch aufnehmen! Die „Rhein-Westf. Btg.“ stimmt diesen Schwärmereien enthusiastisch zu. „Alle Vaterlandsfreunde“ sollten „der Reichsregierung ins Gewissen reden“, damit sie ihre Forderungen im Reichstage nicht „verzettele“ und „den einzig möglichen Grundgedanken unserer Kriegsvorbereitungen, unentwegte Offensive“ ernstlich ins Auge fasse! — Man sieht aus solchen Darlegungen, daß das Zentrum nie „national“ genug sein kann, selbst wenn einzelne Abgeordnete noch so viel anbieten sollten. Solche Leute werden immer im Rückstande sein gegen den Grafen Reventlow u. a. Wir meinen daher, daß das Zentrum am besten tut, wenn es seinen bisherigen Standpunkt mit Ruhe und Festigkeit weiter verfolgt.

Neue Protestversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen will die Sozialdemokratie nach einer Anordnung des Parteivorstandes am 26. November, dem Tage des Zusammentritts des Landtages, oder am 1. Dezember abhalten. „damit das preussische Volk in der ersten Woche des Zusammentritts des Landtages zum Ausdruck bringe, wie es über die Schmach des Dreiklassenwahlrechtes denkt“. — Auch der freisinnige Führer Dr. Barth wünscht einen Vorstoß seiner Partei; mit bitterem Hohn auf seine nächsten Freunde schreibt er im „Berl. Tagebl.“: „Im Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht haben die parlamentarischen Fraktionen bereits darauf verzichtet, ihre Vertretung im sogenannten Bülow-Klub zu fruktifizieren, um in dem Kampf gegen die Zwangsburg wenigstens einen Außenposten zu erobern. Die Diskussionen der letzten Wochen haben dem preussischen Ministerpräsidenten wie den Konservativen die volle Beruhigung wiedergegeben, daß sie von den Freisinnigen in der kommenden Session des preussischen Abgeordnetenhauses nichts Schlimmes zu befürchten

haben. Es wird bei der rednerischen Klarlegung des Prinzips kein Bedenken haben, und da Fürst Bülow gegen eine confessionale sei nicht das mindeste einzuwenden hat, so wird das umgehängte Löwenfell niemanden erschrecken. Es wird sich im besten Falle um ein Turnier, aber nicht um eine Schlacht handeln.“ Von der ganzen freisinnigen Aktion, die im Abgeordnetenhause in Aussicht gestellt ist, sagt er: „Man richtet den Spieß gegen die Sozialdemokraten, die in dieser Frage genau dasselbe wollen wie die Freisinnigen, ohne deren Unterstützung es auch nie möglich werden wird, die Zwangsburg zu stürmen, und in zweiter Linie gegen das Zentrum, das zwar ein recht unsicherer Stantonist ist, aber, soweit die Reform des Dreiklassenwahlrechtes in Betracht kommt, jedenfalls erheblich weiter geht als selbst die Nationalliberalen. Angesichts dieser Haltung spricht man von einer Aufrüttelung der liberalen Wählerschaft, fordert man eine leidenschaftliche Agitation, beklagt man sich über die Faulheit der Wähler. Die freisinnige Blockpolitik bildet ja geradezu einen Anreiz zur Faulheit. Wie kann man ein Volkstheater zum Sturm auf die starke Festung auffordern, wenn man zugleich die Parole ausgibt: Aber schon mir die Verteidiger der Festung!? Muß nicht der einfache Mann zu der Ueberzeugung kommen, daß der Appell der inneren Wahrhaftigkeit entbehrt?“ Barth's Artikel schließt damit, daß eine Volksbewegung für das Wahlrecht heute zehnmal wichtiger sei als alle Fraktionspolitik. Dies allein könne den Freisinn aus der verfahrenen Situation retten. Der Freisinn wird jedoch eine solche Aktion nicht unternehmen, weil er als Richter auf dem Pod. bleiben will.

100 Doppelmandate. Von den 428 Abgeordneten des preussischen Abgeordnetenhauses sind 100 gleichzeitig Mitglieder des Reichstages, nämlich 36 Mitglieder des Zentrums, 28 Konservative, 9 Freikonservative, 6 Nationalliberale, 8 Mitglieder der freisinnigen Volkspartei, 1 Mitglied der freisinnigen Vereinigung, 6 Polen und 6 Fraktionslose. Wie man also sieht, hat das Zentrum am meisten Doppelmandate; nun kommen zu diesen noch die Doppelmandate in Bayern, Baden und Württemberg. Es ist daher höchste Zeit, daß bei den nächsten preussischen Landtagswahlen eine ganz erhebliche Anzahl von Abgeordneten auf das Mandat verzichtet; wenn Preußen statt 36 Doppelmandaten noch 6 hat, so reicht das vollkommen aus. Wir bitten deshalb in erster Linie die betreffenden Abgeordneten, im Interesse der Partei auf ein Mandat zu verzichten; sollte aber diese Bitte keinen Erfolg haben, so müssen die Parteioptionen nachhelfen. Wir halten es für vollkommen ausreichend, wenn in jeder Provinz ein Doppelmandat oder höchstens zwei vorhanden sind. Fernerstehende wissen es garricht zu beurteilen, wie sehr die Doppelmandate die Aktionsfähigkeit der Reichstagsfraktion lähmen. Auch können nur wenige Personen den Ansprüchen zweier Parlamente gerecht werden.

Die Vorstellung im Frankfurter Gypodrom. Wenn man die Berichte über die Einigungsverhandlungen der verschiedenen Liberalen aufmerksam verfolgt, so findet man die auffallende Erscheinung, daß in den Reden der Volkstribunen weit weniger die Erfüllung der liberalen Forderungen als vielmehr die Befriedigung des Machtbühnens und die Angst vor dem Zentrum in den Vordergrund tritt. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Reden der Hausmann, Müller-Reinigen, Raumann und Wiemer die Befürchtung, das bestgehaßte Zentrum könne das Bedürfnis fühlen, ein Wettlaufen in die Regierungsgnade mit ihnen zu wagen. Deshalb beherrschte auch das geflügelte Wort von Payers „Wir lassen es uns etwas kosten, um auf dem Pod. sitzen zu dürfen“ sichtlich die ganze Vorstellung, und aus den Reden der gemäßigten Liberalen ging die Bereitwilligkeit hervor, dem Regierungsmischmasch durch die Bereitwilligkeit hervor, alles zu bewilligen, was verlangt wird, und dem Volke neue Lasten nach jeder Richtung aufzubürden, nur um auch in Zukunft „auf dem Pod.“ sitzen zu dürfen. Der Haß gegen das Zentrum aber trat sehr deutlich aus den Reden Hausmanns und Müller-Reinigen zutage. Besonders der letztere weisagte bereits über die Taktik des Zentrums hinsichtlich des Vereins- und Versammlungsgesetzes und der Vorfesetzesreform die unglücklichsten Dinge. Diese Herren Propheten aus der Volkspartei können ganz beruhigt sein, das Zentrum wird auch bei diesen jetzt in Betracht kommenden Fragen sich bemühen, etwas Gedeihliches dem Wohle des Volkes entsprechendes zustande zu bringen ohne Rücksicht darauf, daß das zu schaffende Werk etwa nebenher auch noch den Machtbühnen und die Eitelkeit gewisser liberaler Politiker befriedigt. Die hauptsächlichste Angst scheint Herr Müller-Reinigen aber vor den durch die Bewilligungsfreudigkeit seiner Partei notwendigen neuen Steuern zu haben. Wir wollen zwar alles bewilligen, was an Ausgaben sie gefordert wird, aber fragt uns nur nicht woher das Geld kommen soll, um diese Ausgaben zu begahlen, sonst ist es mit unserer Freundschaft zu Ende.“ Das war ungefähr der Sinn, wenn auch nicht der Wortlaut der Müller-Reinigen'schen Rede. Nur von der wichtigsten Frage der Abänderung des Wahlrechtes zum preussischen Landtag war man im Frankfurter Zirkus auffallend still. Herr Müller-Reinigen buldigt doch sonst dem Grundsatze „Vehementheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr“; weshalb will er sich bezüglich dieser wichtigsten und wahrhaft fortschrittlichen Frage nun mit einer bloßen Resolution begnügen? Ist es wirklich zutreffend, daß die „fortgeschrittenen vereinigten Liberalen“ schon im voraus auf jede ernsthafte Geltendmachung dieses Anspruchs verzichtet haben und sich mit einer „programmatischen Erklärung“ begnügen wollen. Sollen für all ihre Liebesdienste nur ein paar verbindliche Phrasen der Lohn sein?

Rußland.

Die Eröffnung der dritten Reichsduma erfolgte am 14. November im Taurischen Palais. Ueberaus groß ist die Zahl der Selbstlichen, sie sind diesmal in einer Stärke von 44 Mann eingezogen. Die polnische Fraktion ist heute nicht erschienen. Sie erklärt, sie wolle zum Zeichen des Protestes gegen das Wahlgesetz vom 16. Juli an der Wahl des Präsidiums nicht teilnehmen. Zum Dumapräsidenten wurde der Oktoberist N. A. Chomjakow mit 371 gegen 9 Stimmen gewählt. Chomjakow hält eine kurze Rede, in der er sagt, er betrete die Präsidententribüne mit dem

Glauben an eine helle Zukunft des großen einigen und unteilbaren Rußlands. Er habe das Vertrauen zur Duma und zu den Abgeordneten, daß sie den souveränen Willen des Kaisers erfüllen, alle Parteiselbstsüchtigkeit vergessen und dazu beitragen werden, mittels gesetzgeberischen staatlichen Schaffens in Rußland den Frieden wieder herzustellen.

Sächsischer Landtag.

H. Dresden, den 14. November 1907.

Zweite Kammer.

Vizepräsident Opitz (Konf.) verwahrt seine Partei gegen den Vorwurf, daß sie nicht für die Erhöhung der Beamtengehälter sei, sowie gegen weitere Angriffe einzelner Redner im Laufe der Debatte. — Es sprechen noch kurz die Abg. Fischerich, Zeidler, Koch, Heymann, Grumbt, welcher im Namen der freikonservativen Gruppe die Erklärung abgibt, daß sie sich als selbständige Gruppe betrachte, deren Aufgabe es sein wird, nach rechts und links vermittelnd zu wirken. — Es folgen nun tatsächliche Berichtigungen und persönliche Bemerkungen seitens einer Anzahl von Abgeordneten, worauf sämtliche Beratungsvorlagen an die zuständigen Deputationen verwiesen werden.

H. Dresden, den 15. November 1907.

Zweite Kammer.

In der heutigen kurzen Sitzung wurde zuerst zur Wahl von drei Mitgliedern und drei Stellvertretern in den ständischen Ausschuss für das Plenum der Brandversicherungskammer verfahren. Wiedergewählt wurden als Mitglieder Vizepräsident Opitz und die Abg. Ahner und Horst, als Stellvertreter die Abg. Kentsch, Reichardt und Klöpper. Die Wahl geschah durch Stimmzettel.

Die Petition des Karl Albin Lämmel in Cranzahl, Gewährung einer laufenden Rente betreffend (Berichterstatter Abg. Donath) ließ die Kammer auf sich beruhen.

Nächste Sitzung: Montag den 18. November 12 Uhr mittags. Tagesordnung: Vertrag zwischen dem Staatsfiskus und der Stadtgemeinde Chemnitz wegen Ueberlassung der Figuren auf der Brühlischen Terrasse.

Aus Stadt und Land.

(Mitteilungen aus unserem Leserkreis mit Namenberichtigung für die Redaktion; die Redaktion übernimmt die Redaktion. Ungezogene Nachschriften müssen unbedingt besetzt werden.)

Dresden, den 15. November 1907.

Tageskalender für den 16. November. 1709. * Jub. Kreuzer zu Versailles, der. Bielinivius. — 1814. † Friedrich der Ghiblone, Markgraf von Meissen, zu Eisenach.

Wetterprognose der Königl. Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden für den 16. November. Nimmlich trübe und regnerisch, im Gebirge und im Osten Schnee, mäßige nordwestliche bzw. nordöstliche Winde, kühl.

Das Befinden Ihrer Majestät der Königin Witwe war gestern abend 10 Uhr noch unverändert. Infolge Steigerung der Körpertemperatur wird die hohe Kranke mehrere Tage das Bett hüten müssen. Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Mathilde und die Kinder des Königs weilten nachmittags bei Ihrer Majestät.

Im Landtage wurde auch der Wolke-Garden-Prozess erörtert, wobei vom Abgeordneten Landgerichtsdirektor Hettner-Dresden hervorgehoben wurde, daß so etwas, wie es sich in Berlin beim Wolke-Prozess ereignet habe, in Dresden alle Tage vorkommen könne! Diese Behauptung veranlaßte den konservativen Abgeordneten Ulrich-Gemini zu folgenden Ausführungen: „Im Wolke-Garden-Prozess handelte es sich um drei Israeliten, von denen einige ja getauft seien, aber er glaube erfolglos getauft, während andere noch Israeliten seien. Man habe einen Angeklagten Garden, der eigentlich Isidor Witkowski heiße, man habe einen Verteidiger Bernstein und einen Zeugen Hirschfeld gehabt und ein Auditorium, das besonders aus Israeliten bestanden habe, das den drei Israeliten einen Beifall gezollt hätte, der weit über das Gefühl, das im deutschen Volke gehegt werde, hinausgegangen sei. Sie alle seien gewiß große Bismarckverehrer, aber das habe man nicht nötig, daß man sich von einem Garden als Bismarckverehrer par excellence die ganze Figur des Reichstanzlers in so bengalischer Beleuchtung zeigen lasse. Da gieße man doch die deutschen Bismarckverehrer vor, die, wie Professor Kohl, in historischer Beziehung so außerordentlich viel für Bismarck getan hätten oder wie der Dichter Max Bemer, der so viele Momente herausgeholt habe aus dem Leben Bismarcks, um dieses große Gedenken dem deutschen Volke näher zu bringen. Aber diese deutschen Männer trieben mit ihrem Bismarck-Kultus nicht eine so große Neklame, wie Isidor Witkowski, jetzt Garden. Das zu sagen, halte er sich an dieser Stelle für verpflichtet.“

Zu dem am Mittwoch den 27. November von den Dresdener Nationalen Ausschüssen in der großen Halle des Ausstellungspalastes stattfindenden Lichtbildervortrage des Herrn Kaiserlichen Ansehungs-Kommissars Dr. Rohrbach werden von heute ab, soweit der Vorrat noch reicht, Karten an folgenden Stellen ausgegeben: Geschäftsstelle des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, Marienstraße 5, Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeiter-Vereins, Katschetenstraße 5, I., Ferdinand Deltmann, Moritzstraße 11, Ede König-Johann-Straße, bei den Portiers der Königl. Technischen Hochschule, der Königl. Tierärztlichen Hochschule und der Königl. Kunstakademie, ferner in der Kanzlei des Herrn Rechtsanwalt Dr. Vetter, Bauernstraße 24, sowie in Blasewitz bei Herrn Bankvorstand Froberg, Filiale Schillerplatz der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt, in Blasewitz beim Herrn Gemeindevorstand Wagner und in Cossebaude bei Herrn Prokurist Dreßler, Bismarckstraße 6.

Die Generalversammlung des Allgemeinen Hausbesitzer-Vereins hat den Baumeister Stadtrat a. D. G. Hartwig zu ihrem Ehrenvorsitzenden ernannt.

Der konfessionelle sächsische Schifferverein hält am Sonnabend den 23. November Nachmittags 5 Uhr in Aneißs Restaurant, große Bräutigasse, eine außerordentliche Versammlung ab, für die eine reichhaltige Tagesordnung.